

Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag

Rede der Fraktions- und
Parteivorsitzenden
Angela Merkel in der
Generalausprache zum
Kanzler-Etat



24. November
in Berlin

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, die Worte zu Beginn Ihrer Rede mögen amüsant gemeint und nett gewesen sein, sie waren sicherlich auch nicht ohne jeden Unterhaltungswert; aber ich frage Sie in diesem Saal: Was glauben Sie eigentlich, was die Menschen, die uns draußen zuhören – der Arbeiter bei Opel, die Verkäuferin bei Karstadt, die Rentnerin, die nächstes Jahr real eine niedrigere Rente haben wird, diejenigen, die in einem mittelständischen Betrieb arbeiten und von Insolvenz bedroht sind –, von uns hören wollen?

Was glauben Sie, was diese Menschen ganz speziell von Ihnen, Herr Bundeskanzler, hören wollen? Ich bin mir ganz sicher: Sie wollen auf gar keinen Fall amüsante, nette Geschichtchen von vorgestern hören, sondern sie wollen eine Aussage über ihre eigene Lebensperspektive, über die Zukunft dieses Landes. Sie haben beschwörend über das, was gemacht wurde, gesprochen. Sie haben plumpe Angriffe auf die Opposition gemacht. Sie haben den Blick zurückgeworfen – aber Zukunft, Herr Bundeskanzler, Fehlzanzeige. Irgendeine Idee für die nächsten zwei Jahre? Völlige Fehlzanzeige.

Deshalb sage ich – ich sage das ganz ruhig, weil dies der Ort ist, an dem wir uns auseinander setzen –: Diese Ihre Rede war der eines Bundeskanzlers nicht würdig. Das Allerschlimmste ist: Sie war unter der Würde unseres Landes.

Das Problem ist nicht, dass dieses Land schlechtgeredet wird. Im Übrigen, Herr Bundeskanzler, passen Sie auf, dass Sie nicht dauernd Menschen, die an Ihnen und Ihrer Regierung Kritik üben, gleich noch mit beleidigen. Das Problem dieses Landes

ist, dass es unter Wert regiert wird. Das muss man immer und immer wieder deutlich sagen.

Das Ganze beginnt mit einer grandiosen Realitätsverweigerung. Herr Eichel, Sie haben am 18. Juni 2002 in Ihrem Haushaltsaufstellungsschreiben für 2005 eine Verschuldung von 5,5 Milliarden Euro prognostiziert, aber stolz hinzugefügt, dass man in der Summe zu einem ausgeglichenen Haushalt käme, weil gleichzeitig die sozialen Sicherungssysteme Überschüsse aufweisen würden.

Ich bitte Sie, sich vor Augen zu führen, was seitdem geschehen ist. Was die sozialen Sicherungssysteme angeht, ist die Rentenversicherung am Anschlag. Sie werden sogar noch Kredite aufnehmen müssen. Die Pflegeversicherung ist völlig auf den Hund gekommen. Im Gesundheitssystem – ich trage das mit, Herr Bundeskanzler; wir haben den Maßnahmen zugestimmt – sind inzwischen in dem Maße Überschüsse erwirtschaftet worden, dass wenigstens frühere Schulden zum Teil getilgt werden können. Aber insgesamt sind wir von einem ausgeglichenen Haushalt so weit entfernt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das hat niemand anders zu verantworten als Sie. Das ist Ihr Werk.

In diesem Hause gibt es eine lange gepflegte und auch zu Recht vereinbarte Aufgabenteilung zwischen der Regierung, die handeln kann, und den sie tragenden Fraktionen einerseits und der Opposition andererseits, der die Aufgabe eines Wächters über das, was Sie tun, zukommt.

Deswegen werden wir – ob es Ihnen passt oder nicht – Ihren Nachtragshaushalt für dieses Jahr dem Bundesverfassungsgericht vorlegen, weil wir der Meinung sind, dass

die jetzt eingetretene Erhöhung der Neuverschuldung von 29 Milliarden Euro auf über 44 Milliarden Euro voraussehbar war, und weil Sie wie schon in vielen anderen Jahren dieses Parlament und die Menschen in diesem Lande bewusst getäuscht und instrumentalisiert haben. Dem muss ein Ende gemacht werden.

Herr Bundeskanzler, Sie können davon ausgehen, dass kein vernünftiger Mensch irgendein Interesse daran hat, etwas schlechter zu reden, als es ist. Wir kennen doch sicherlich alle die von der Bertelsmann-Stiftung und vom Weltwirtschaftsforum erstellten Rankings der Industrienationen. Sie können zwar feststellen, dass einiges passiert sei, das in die richtige Richtung weise, das Dumme ist aber, dass wir weiterhin ganz hinten liegen.

Der auch von Ihnen geschätzte Wim Kok, der beauftragt ist, den Lissabon-Prozess – also den Wachstumsprozess der Europäischen Union – zu bewerten, hat den Mitgliedstaaten der Europäischen Union deutlich ins Stammbuch geschrieben: Voraussetzung für die Verwirklichung ist eine starke, entschlossene und überzeugende politische Führung. Er hat gleich hinzugefügt: Sicherlich waren die Ereignisse außerhalb Europas seit dem Jahr 2000 nicht förderlich. Doch es liegt eindeutig an der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten selbst, wenn sich Fortschritte nur langsam einstellen. Denn in vielen Bereichen wurde es versäumt, die Reformen mit dem erforderlichen Nachdruck voranzutreiben.

Herr Bundeskanzler, ich frage Sie: Wen mag Wim Kok gemeint haben, wenn wir im Ranking der Industrienationen an hinterer Stelle liegen?

Ich glaube, dass sich Deutschland angesprochen fühlen muss. Es fehlt an einer entschlossenen Führung dieses Landes. Das ist das Problem, über das wir sprechen müssen.

Es ist interessant, neben dem Wim-Kok-Bericht für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch einen Blick in den Bericht der Bundesregierung zur Bewertung des Lissabon-Prozesses zu werfen. Darin heißt es, die Strategie von Lissabon, dass Europa der dynamischste Kontinent der Welt werden wolle, sei in der Euphorie der New Economy geboren. Dann sei es zu einer spekulativen Blase gekommen. Hinzu seien externe Schocks gekommen: der 11. September, Bilanzskandale, der Krieg im Irak, der Anstieg der Ölpreise und eine dreijährige Stagnation. Damit ist aber immer noch nicht die Frage beantwortet, warum wir ganz hinten liegen, Herr Bundeskanzler, und zwar hinter anderen, die ebenfalls unter diesen Belastungen gelitten haben. Diese Frage müssen wir beantworten.

Ich glaube, dass wir an dieser Stelle wieder auf ein von Ihnen bereits bekanntes Strickmuster stoßen: Schuld sind immer die anderen – die Welt, die Bundesländer, die Kommunen, die Blockade im Bundesrat. Alles kommt recht, wenn es erklären kann, dass Ihnen irgendetwas nicht gelingt.

Schon der frühere amerikanische Präsident Eisenhower hat gesagt: Die Suche nach Sündenböcken ist von allen Jagdarten die einfachste. Aber, lieber Herr Bundeskanzler, damit können wir uns nicht zufrieden geben. Wir wollen danach jagen, beim Wachstum vorne mit dabei zu sein und uns nicht mit einem Platz ganz hinten abspesen zu lassen. Das ist unser Anspruch.

Der Sachverständigenrat hat schon Recht mit seiner Aussage, die wir alle begrüßen, dass der Export sich prima entwickelt und wir auf dem Gebiet Erfolge haben. Das sichert Arbeitsplätze. Auch wenn diese nicht alle in Deutschland liegen, freuen wir uns immerhin darüber. Aber für die 80 Millionen Menschen im Lande zählt natürlich nicht nur – das werden doch auch Sie wohl nicht bestreiten –, ob sich der Export ordentlich entwickelt, sondern für die Menschen zählt, was zum Schluss bei ihnen in der Tasche ankommt, welche Möglichkeiten und Chancen sie haben, Arbeit zu behalten oder zu bekommen. Deshalb hat der Sachverständigenrat das eine gelobt – darüber haben Sie ausführlich gesprochen – und gleichzeitig auf Herausforderungen im Inland hingewiesen. Über diese Herausforderungen haben Sie in Ihrer Rede geschwiegen.

Herr Bundeskanzler, der Sachverständigenrat sieht darin sogar noch – diese Meinung teile ich im Übrigen – etwas Positives. Er sagt nämlich, tatsächlich sei die Wachstumsschwäche auf inländische Bestimmungsgründe zurückzuführen und wir könnten ganz beruhigt sein. Sie hängt also nicht von außen, von der Welt oder von sonstwem ab, sondern es sind inländische Bestimmungsgründe. Und was außer inländischen Bestimmungsgründen können wir hier ändern? Das ist doch unsere Aufgabe. Deshalb können wir happy sein mit einer solchen Situation, weil wir jetzt nur noch die Binnenkonjunktur ankurbeln müssen, und zwar mit Maßnahmen, über die wir hier miteinander diskutieren müssen. Das hat der Sachverständigenrat prima gesagt.

Jetzt muss man fragen: Was passiert? Ich habe heute hier nichts gehört. Ich bin aber überzeugt – und das sage ich für unsere

Fraktion insgesamt –: Wir haben die Kraft und die Möglichkeiten, aus diesem Land wieder das zu machen, was in diesem Land steckt.

Dazu brauchten wir jedoch Ihr Einverständnis und das haben wir nicht. Wir sind am Anfang von Reformen und nicht am Ende.

Die Umsetzung von beschlossenen Reformen allein ist nicht genug, sondern wir müssen darüber sprechen, wie wir nach den schon umgesetzten Maßnahmen weitermachen, damit wir aus dieser Inlandsmisere herauskommen, Herr Bundeskanzler. Das ist die Aufgabe. Dazu sagt der Sachverständigenrat – nicht wir, nicht die FDP und nicht Ihre Gegner – ganz klar: Ein schlüssiges Konzept für eine wachstumsfördernde Politik ist von der Bundesregierung nicht vorgelegt worden. Vielmehr bleibt der Eindruck, es handele sich um Einzelmaßnahmen, die zum Teil auch nur ergriffen wurden, weil sich die Haushaltslage immer weiter zuspitzt hat.

Herr Bundeskanzler, deshalb müssen wir alle uns fragen: Was muss jetzt geschehen? Beginnen wir doch mit dem Haushalt selbst, der die Zukunftsfähigkeit dieses Landes definiert. Dazu hat sich der Präsident des Bundesrechnungshofes doch in wirklich atemberaubender Weise – um den Begriff noch einmal aufzunehmen – deutlich geäußert: Die Schiefelage ist so extrem, dass es einem den Atem verschlägt. Eine solche Aussage eines Parteifreundes über einen Bundeshaushalt hat es noch nie gegeben, Herr Bundeskanzler. Damit müssen Sie sich auseinander setzen.

Der Sachverständigenrat sagt in seinem Bericht weiter: Die ohnehin bescheidenen

Schritte zur Konsolidierung des Staatshaushaltes gehen zulasten der öffentlichen Investitionen und damit genau jenes Teils der Staatsausgaben, von dem am ehesten noch positive Wirkungen für das Wachstum ausgehen könnten.

Herr Bundeskanzler, der nächste Haushalt enthält Privatisierungserlöse in einem Umfang von 15 Milliarden Euro. Vor ungefähr einem Jahr hatten wir das Vergnügen, miteinander im Vermittlungsausschuss zu diskutieren, und Sie haben aufs Ehrenwort versichert, mehr als 3 Milliarden Euro Privatisierungserlöse würden in diesen Haushalt nicht eingestellt. Ich glaube, Sie haben damals die Wahrheit gesprochen und Sie lügen sich jetzt in die Tasche.

Sie verscherbeln nicht nur alles, was heute vorhanden ist, sondern auch alles, was notwendigerweise für die Zukunft zurückgelegt wurde. Dabei waren die Rücklagen ohnehin schon knapp. Der Sachverständigenrat nennt das Desinvestition. Merken Sie sich dieses Wort! Das ist das Gegenteil von dem, was notwendig ist. Das tun Sie im festen Wissen darum, dass Sie damit den Kindern und Enkeln dieses Landes eine Bürde aufhalsen, die kaum zu schultern ist. Das ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit, für die Sie in diesem Lande – Frau Roth, da Sie gerade so interessiert schauen, sage ich Ihnen, dass Sie mit diesem Anspruch einmal ange treten sind – eigentlich sorgen wollten. Das muss man den Menschen sagen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben Anfang 2004 das Jahr der Innovation ausgerufen. Dass man davon – rückblickend auf die letzten elf Monate – gar nichts mehr gehört hat, erstaunt und überrascht mich, obwohl es eigentlich klar ist. Schauen Sie sich nur den

Zustand des Gentechnikgesetzes an! Das ist ein völlig klares Eingeständnis – weil Herr Clement und Frau Künast nicht zueinander kommen –, dass in Deutschland der Wachstumsbereich Grüne Gentechnologie nicht existieren wird. Herr Bundeskanzler, Sie haben zusammen mit Tony Blair und dem französischen Präsidenten Chirac eine bemerkenswerte Initiative gestartet. Sie haben gesagt: Lasst uns über die Chemiepolitik in Europa, insbesondere über die REACH-Richtlinie, reden! Als dann endlich im Wettbewerbsrat, in den alle anderen EU-Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftsminister entsandt hatten, über diese Richtlinie beraten wurde, ist zum Erstaunen des gesamten europäischen Publikums und insbesondere zu unserer Überraschung Herr Trittin dort wieder erschienen und hat die gleichen Anträge wie im Umweltministerrat gestellt. Herr Bundeskanzler, Sie führen eine Regierung, in der Sie noch nicht einmal durchsetzen können, dass die vernünftigen Kräfte auf europäischer Ebene das Schlimmste für die chemische Industrie in Deutschland verhindern.

Sie sind vom Europäischen Gerichtshof verklagt worden, weil Sie die Biopatentrichtlinie nicht umgesetzt haben. Außerdem liegen Sie mit der pharmazeutischen Industrie – diese hat Recht – im Clinch, weil Sie eine Art der Umsetzung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes bezüglich der Pharmabranche gewählt haben, die mit Sicherheit die forschende Arzneimittelindustrie in Deutschland schwächt. Sie liefern damit einen kontraproduktiven Beitrag zum Jahr der Innovation. Es nutzt jetzt auch nichts, auf bestimmte Medikamentenhersteller zu schimpfen, weil diese Anzeigenkampagnen machen. Nehmen Sie besser die falsche Eingruppierung zurück und schützen Sie die forschende Arzneimittelindustrie mit ihren

lizenzierten Medikamenten! Schon wären alle Anzeigenkampagnen beendet. Aber Sie haben dazu nicht die Kraft. Deshalb haben Sie auch an dieser Stelle versagt.

Herr Bundeskanzler, ich möchte heute einmal nicht über die Kernenergie, sondern darüber reden, dass die Energiepreise in Deutschland bis zu 50 Prozent – beispielsweise die Gaspreise mit 25 Prozent – über dem EU-Durchschnitt liegen, wenn auch nicht über den Weltmarktpreisen. Das ist in einem Binnenmarkt eine ziemlich komplizierte Sache. Die Internationale Energieagentur hat das völlig zu Recht moniert und die deutsche Regierung aufgefordert, ihre Energiepolitik mehr auf Fakten zu gründen. Genau das ist das Thema. Sie sollten Ihre Energiepolitik nicht auf Ideologien, sondern auf Fakten gründen. Dann wären wir in Deutschland schon ein ganzes Stück weiter. Ich habe schon gesagt, dass das Verbot der Studiengebühren aufgehoben werden muss. Nur noch so viel dazu: Der Regierende Bürgermeister von Berlin hat zum baden-württembergischen Ministerpräsidenten gesagt: Wäre das Verbot doch schon aufgehoben! Er kann sich aber auf keinem Parteitag durchsetzen. Man wird sich vor dem Bundesverfassungsgericht wieder treffen, das gerade Ihre Regelungen betreffend die Juniorprofessur gekippt hat.

Das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz müsste eigentlich deutlich verlängert werden. Aber zu welchem Schluss ist die Bundesregierung – Herr Clement, Bürokratieabbau! – gekommen? Sie verlängert das Gesetz gerade einmal um ein Jahr. Nächstes Jahr um diese Zeit werden wir also wieder darüber entscheiden müssen. Man hätte es doch mindestens bis 2019, also bis zum Ende der Laufzeit des Solidarpaktes II,

verlängern müssen. Das hätte doch die menschliche Vernunft geboten. Aber die gibt es in Ihrem Kabinett wohl nicht.

Wir brauchen neue Stärken. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir unseren Wohlstand nur mit der Produktion von Hochleistungsprodukten, die andere auf der Welt nicht herstellen können, halten können. Wir müssen wettbewerbsfähig sein. Das heißt, wir müssen Dinge können, die andere nicht können.

Um das aber zu schaffen, bedarf es bestimmter Bedingungen. Darüber diskutiere ich mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, gerne. Sie haben gesagt: Schauen wir doch einmal in Ihre Programme, Stichwort Kündigungsschutz. Sie selbst haben eingesehen, dass das Kündigungsschutzrecht in Deutschland dafür sorgt, dass Ältere nicht mehr eingestellt werden. Sie selbst haben es geändert. Wir haben gemeinsam für die Anhebung des Schwellenwerts für Kündigungsschutz von fünf auf zehn Arbeitnehmer gesorgt. Falls in Deutschland nun jemand auf die Idee kommt, den Schwellenwert für Kündigungsschutz von zehn auf 20 Arbeitnehmer anzuheben: Bitte, erkennen Sie darin kein Verletzungspotenzial. So kommt unser Land mit Sicherheit nicht weiter. Das ist Ihrer und Ihres Anspruchs einfach nicht würdig.

Ich habe heute kein Wort zur Fortentwicklung der sozialen Sicherungssysteme gehört.

Ich kann verstehen, dass Sie zu dem Thema Pflege geschwiegen haben; denn der Malus für diejenigen, die keine Kinder haben, ist nun wirklich das Ungeschickteste gewesen, was Sie bei der Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils machen konnten. Sie haben darauf verwiesen, dass sich mittler-

weile 4 Millionen Menschen für die Riesterrente entschieden haben. Wir freuen uns, dass es so viele Menschen sind. Wir sagen aber: Wenn das Verfahren etwas unbürokratischer wäre, dann könnten es 12 Millionen Menschen sein. Denken Sie noch einmal darüber nach! Wir wollen das gemeinsam. Jetzt reden wir einmal über die Gesundheitspolitik. Da beobachte ich Sie mittlerweile seit vielen Wochen und Monaten. Herr Bundeskanzler, die leuchtende Freude, mit der Ihnen das Wort „Bürgerversicherung“ über die Lippen kommt, vermisse ich beständig. Ich verfolge alle Ihre Reden. Herr Müntefering redet gerne über die Bürgerversicherung; Frau Nahles redet noch lieber darüber. Wir nennen das Ganze „Bürgerzwangsversicherung“, weil es uns die Einheitskasse bringen wird.

Sie haben sich entschieden, zu diesem Thema gar nichts zu sagen. Mangels eigener Konzepte – Sie können keine Alternative anbieten – haben Sie sich heute dazu entschlossen – ich glaube, das ist in Deutschland einmalig –, sich lediglich mit den Konzepten der Opposition auseinander zu setzen.

Herr Bundeskanzler, entschuldigen Sie einmal: Da es Ihrerseits so viel Kritik an unserem Kompromiss gibt, wäre heute doch die Gelegenheit gewesen, die Bürgerversicherung einmal in ihrer vollen Breite und Blüte darzustellen. Das wäre doch eine schöne Sache gewesen. Sie haben geschwiegen.

Sie ärgern sich – das verstehe ich ja –, dass wir uns geeinigt haben. Das würde ich auch machen.

Herr Bundeskanzler – das sage ich auch in Richtung der Arbeitgeber –, wir haben, übrigens schon in Leipzig, festgelegt, dass Ar-

beitgeberbeiträge in Deutschland auf 6,5 Prozent eingefroren werden sollen. Weder unter einer unionsgeführten noch unter einer SPD-geführten Regierung hat es in den letzten 20, 30 Jahren für die Arbeitgeber eine derartige Planungssicherheit in Bezug auf ihre Sozialversicherungsbeiträge gegeben. Nach unserer Vorstellung gehört es zur völligen Autonomie der Tarifpartner – so schreibt es das Grundgesetz vor –, wie die Abschlüsse gestaltet werden. Wir wollen auf der Arbeitgeberseite Berechenbarkeit der Gesundheitskosten erzeugen. Das ist ein richtiger und notwendiger Schritt, weil die Lohnzusatzkosten in Deutschland zu hoch sind. Davon werden wir uns auch durch Ihre komische Kritik, Herr Bundeskanzler, nicht abbringen lassen.

Wir plädieren für eine unumkehrbare Weichenstellung. Wir müssen heraus aus dem heutigen System. Sie sollten sich von der Bürgerversicherung abwenden und einem Prämienmodell zuwenden. Ich sage Ihnen: Darauf sind wir stolz. Der Weg in ein neues System soll unumkehrbar sein.

Herr Bundeskanzler, wir beide wissen: Sachverständige gehen von idealen ordnungspolitischen Voraussetzungen aus. Ich kann die Kritik eines Sachverständigen, der für das Prämienmodell in Reinkultur kämpft – möglichst für genau das, das er sich ausgedacht hat –, gut verstehen. Aber der Unterschied zwischen uns beiden ist, dass Sie das Prämienmodell ablehnen, obwohl die Sachverständigen es Ihnen nahe legen, während wir dafür eintreten und damit auf dem richtigen Weg sind. Den damit verbundenen Konflikt müssen wir austragen.

Friedrich Merz und das Steuerkonzept. Da sind Sie ganz unruhig geworden, weil Sie

natürlich wissen, dass das Merz/Faltlhauer-Konzept um Größenordnungen einfacher ist als alles, was Herr Eichel Ihnen jemals als denkbaren Vorschlag auf den Tisch gelegt hat, dass auch das ein Schritt in die richtige Richtung ist, nämlich hin zu mehr Transparenz, zu mehr Klarheit im Steuersystem. Herr Bundeskanzler, ich freue mich ja für die Menschen im Lande darüber, dass die Steuersätze gesunken sind. Nur, Sie hätten alles das schon 1996 haben können: Petersberger Beschlüsse. Ich habe es mir extra noch einmal sagen lassen: 15 Prozent Eingangssteuersatz und 39 Prozent Spitzensteuersatz.

Meine Damen und Herren, Sie haben das damals aus rein parteitaktischen Gründen verhindert, Sie und der Ministerpräsident Lafontaine und der Ministerpräsident Eichel. Wir waren damals auf dem richtigen Weg. Gott sei Dank wurde ein Stück dieses richtigen Weges gegangen. Aber Sie haben es damals blockiert; das müssen wir festhalten.

Ein weiterer Punkt – es ist schön, dass wir uns darüber auseinander setzen können, Frau Sager –: PISA-Studien. Wie kommt man zu besseren Ergebnissen? Wir sind der ganz festen Überzeugung: mit der Einheitsschule nicht – diese Überzeugung werden wir auch weiter vor uns hertragen – und – das füge ich noch hinzu – dadurch, dass der Bund auch dafür noch die Kompetenz bekommt, was Sie am liebsten hätten, mit Sicherheit auch nicht. Deshalb wird in der Föderalismuskommission eines nicht gelingen: Sie werden die Kompetenz des Bundes für die Bildung in der Schule nicht bekommen, so sehr Sie das auch wollen.

Wir werden auch den ganzen Mischmasch beenden – das ist die Aufgabe -, bei dem Sie

dauernd mit anderer Leute Geld versuchen, sich in Sachen einzumischen, die Sie nichts angehen.

Herr Bundeskanzler, bei all den einzelnen Maßnahmen fehlt – das moniert auch der Sachverständigenrat – das schlüssige Konzept. Ich glaube, das schlüssige Konzept braucht eine bestimmte innere Haltung. Diese innere Haltung – auch darüber müssen wir sprechen – speist sich aus der Antwort auf die Frage: Was sind die Einzelmaßnahmen und gibt es etwas, was mehr ist als die Summe aller Einzelmaßnahmen?

Wenn wir uns um Generationengerechtigkeit kümmern, dann – ich glaube, damit sind wir alle miteinander einverstanden – geht es um mehr als nur um die Frage: Was kommt beim kleinen Kind an? Was kommt beim älteren Menschen an? Wenn wir einen Solidarpakt zwischen Ost und West haben, dann gibt es doch das gemeinsame Verantwortungsgefühl, das Gefühl dafür, dass wir zusammengehören. Wenn wir über Nachhaltigkeit reden, dann reden wir doch eigentlich darüber, dass wir uns für zukünftige Generationen genauso verantwortlich fühlen wie für die Bewahrung unserer Traditionen. Ein Bund/Länder-Finanzausgleich, eine Kultusministerkonferenz, eine Stiftung Preußischer Kulturbesitz, das alles gibt es doch nur, weil wir etwas Gemeinsames haben. Ich glaube, dass das durch die deutsche Einheit eine wunderbare Vollendung insofern gefunden hat, als der 3. Oktober ein Tag der Freiheit ist, ein Tag, an dem in Deutschland die Freiheit gesiegt hat.

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass ich hier heute stehen kann, dass viele Kollegen aus den neuen Bundesländern hier sitzen, dass Frau Göring-Eckardt aus den

neuen Bundesländern Vorsitzende der Fraktion der Grünen ist, haben wir denen zu verdanken, die den Gedanken an die deutsche Einheit nicht als Lebenslüge der Nation bezeichnet haben, wie Sie es getan haben, sondern die durchgehalten haben, die sich zu Einheit in Freiheit bekannt haben, obwohl nicht klar war, ob man es durchsetzt. Deshalb ist es doch nichts anderes als Erbsenzählerei, wenn man mit irgendwelchen alten Zitaten ankommt.

Die eigentliche Frage ist doch – davon sprechen ja auch Sie immer wieder -: In welcher Lage sind wir heute? Heute wissen wir, vor welchen Herausforderungen wir stehen und was wir zu bewältigen haben. Genau in einer solchen Lage – deshalb hat dieser Vorschlag eine solche Empörung hervorgerufen – braucht man verbindende gemeinschaftsstiftende Gedenktage, an denen einem bewusst wird: Das Ganze ist mehr als die Summe der Einzelnen. Deshalb waren wir so empört, dass Sie den 3. Oktober für ein einmaliges Wachstum in Höhe von 0,1 Prozentpunkten abschaffen wollten. Das war absurd und verfehlt. Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen, Herr Bundeskanzler.

Wir sind ja für jedes Eingeständnis eines historischen Irrtums dankbar. Die Sache mit der Rente hatten Sie zugegeben; heute haben wir uns mit der Sprache befasst. Damit die Geschichte nicht völlig verdreht wird, indem behauptet wird, dass bisher keiner von uns der Überzeugung war, dass das Erlernen der deutschen Sprache die Grundvoraussetzung dafür ist, dass Integration stattfindet, möchte ich Sie an unseren Integrationsantrag aus dem Jahr 1999 erinnern: Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Voraussetzung für Kommunikation und

somit wichtigstes Mittel zur Integration. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muß die Bereitschaft haben, die deutsche Sprache zu erlernen.

Dann wurden all die Maßnahmen aufgeführt, die wir jetzt im Zuwanderungsgesetz durchgesetzt haben. Bedauerlich ist nur, Herr Bundeskanzler, dass Sie, da Sie damals ausschließlich mit der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft beschäftigt waren, diesen Antrag abgelehnt haben. Das ist die historische Wahrheit. Ich bin deshalb doch zufrieden, dass wir dies jetzt gemeinsam erreicht haben.

Frau Sager, ich werde aber nicht davon abgehen, dass die Idee von Multikulti grandios gescheitert ist. Bezüglich der Idee von Multikulti waren wir unterschiedlicher Meinung, auch wenn Sie sich die Sache im Nachhinein noch zurechtbiegen. Ich kann nur sagen, dass wir alle miteinander, jetzt wieder auf die Zukunft bezogen, uns so verhalten sollten, wie Günther Beckstein es auf der Demonstration der Muslime, die sich zu Werten wie Freiheit und Toleranz bekannt haben, gemacht hat, indem wir sagen: Bitte, lernt Deutsch.

Natürlich dürfen wir niemals diejenigen, die die Werte unseres Landes ausdrücklich anerkennen, in irgendeiner Weise mit denen in einen Topf werfen, die dies nicht tun. Das sage ich ganz klar. Ebenso wie wir in Deutschland nicht Bürgerinnen und Bürger pauschal mit denen, die Gesetze unseres Landes übertreten, gleichsetzen, so dürfen wir so etwas auch nicht mit Personen ausländischer Herkunft machen. Es führt uns aber auch nicht weiter, wenn wir die Augen vor bestimmten Tendenzen verschließen. Deshalb ist es gut und richtig, dass unsere

Fraktion einen Antrag zum Islam und Islamismus eingebracht hat, um genau über diese Frage eine Diskussion anzustoßen. In dieser müssen wir uns mit sehr konkreten Punkten auseinandersetzen. So geht es zum Beispiel darum, ob wir es gutheißen, wenn für ein Jahr oder für zwei Jahre Imame aus der Türkei nach Deutschland kommen, oder ob wir wollen, dass sie hier in Deutschland ausgebildet werden. Da müssen Sie sich ganz klar entscheiden. Die in der CDU engagierten Mitglieder türkischer Herkunft sagen dies ganz klar.

Wenn Sie das auch so sehen, freut mich das. Aber die Menschen draußen haben das noch nicht mitbekommen. Deshalb müssen wir doch darüber reden. Man darf sich deshalb nicht dauernd, wie Sie es heute hier wieder getan haben, in Kleinkram verzetteln, sondern man muss die Gemeinsamkeiten herausstellen, indem man sagt: Ihr seid willkommen, wenn ihr unsere Gesetze akzeptiert. Wir wollen euch Chancen eröffnen. Das ist aber nur möglich, wenn ihr Deutsch lernt, euch integriert und keine Parallelgesellschaften errichtet. Dafür werden wir kämpfen.

Ich bin sehr dafür, mit alten Lebenslügen aufzuräumen, zugleich sollten wir aber auch dafür Sorge tragen, dass wir uns nicht in neue Lebenslügen verstricken.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Es stehen noch eine ganze Reihe von Aufgaben vor uns, auch im Sicherheitsbereich und im außenpolitischen Bereich. Da steht zum Beispiel die Frage der Zukunft der Bundeswehr im Raum. Ich stimme zu, dass es zugunsten der Erhöhung der internationalen Handlungsfähigkeit nötig ist, bestimmte Standorte zu schließen. Wir alle machen

aber nicht mehr mit, wenn Sie als ausschließliche Aufgabe der Bundeswehr die internationale Handlungsfähigkeit definieren, die Aufgabe des Heimatschutzes aber wegen finanzieller Schieflagen bis zur Unkenntlichkeit verwischen. Damit vernachlässigen Sie die zweite Säule der Bundeswehr, die wir auch in Zukunft brauchen, nämlich den Heimatschutz.

Darüber müssen wir miteinander streiten. Die Lebenslüge Ihres Verteidigungsministers besteht darin, dass er so tut, als ob er mit den begrenzten Mitteln und seiner Strukturpolitik, die im internationalen Bereich in die richtige Richtung geht, die Wehrpflicht aufrechterhalten könnte. Das kann er nicht. Entweder wir schaffen es, ein ordentliches Heimatschutzkonzept, wie es von Wolfgang Schäuble und anderen entwickelt wurde, danebenzustellen; dann kann die Wehrpflicht erhalten bleiben, was ich und wir durchaus möchten. Wenn man das aber nicht schafft, darf man sich nicht in eine neue Lebenslüge verstricken, sondern muss den Leuten die Wahrheit sagen. Das ist das, was wir anmahnen, Herr Bundeskanzler. Wir haben hier klare Vorstellungen.

Wer würde denn infrage stellen, dass wir eine strategische Partnerschaft mit Russland brauchen? Schauen Sie, ohne Michail Gorbatschow wäre die deutsche Einheit doch gar nicht zustande gekommen. Dass es natürlich auch von russischer Seite in Bezug auf die eigene Bevölkerung eine Riesenleistung und Anstrengung war, dass die baltischen Staaten heute Mitglied der Europäischen Union und der NATO sind, stellt doch niemand infrage. Ebenso stellt niemand infrage, dass es nicht ganz einfach ist, ein Land wie Russland zu regieren. Aber es kann wirklich nicht sein, auch nicht mit Blick auf

die Geschichte – ich würdige die Situation 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg; ich habe mich auch in meiner Jugend hinreichend mit diesen Themen auseinander gesetzt und habe hohen Respekt vor dem russischen Volk -, Herr Bundeskanzler, dass Amerika kritisiert wird und Russland nicht. Nichts weiter mahnen wir an, als dass wir fair und ehrlich miteinander umgehen.

Das Thema Türkei ist ein wichtiges und relevantes Thema. Da sind viele Versprechungen gemacht und viele Dinge gesagt worden. Der ehemalige Bundeskanzler Schmidt zum Beispiel sagt, wir hätten das alles nicht machen sollen.

Vieles ist in Gang gekommen. Deshalb muss natürlich alles daran gesetzt werden, dass bei der Türkei nicht der Eindruck entsteht, wir wollten ihr die Tür vor der Nase zumachen und Europa wolle sie verstoßen.

Wir sagen nicht einfach Nein. – Aber, Herr Bundeskanzler, es muss doch möglich sein, festzustellen, dass es der falsche Weg wäre, jetzt Verhandlungen, angeblich ergebnisoffene Verhandlungen, aufzunehmen, die nur zwei Optionen kennen, nämlich Vollmitgliedschaft und Scheitern. Die Option Scheitern gibt es realpolitisch gar nicht. Denn Scheitern würde bedeuten, dass der Türkei die Tür vor der Nase zugeschlagen wird. Deshalb sagen wir: Lasst uns eine – die von uns präferierte – Option mit aufnehmen, nämlich die privilegierte Partnerschaft! Schritt für Schritt kommen viele in Europa genau zu dieser Einsicht. Ich verstehe nicht, warum Sie sich dieser Einsicht verweigern. Sie hätten die Möglichkeit, mit Herrn Erdogan als Ministerpräsidenten vernünftig darüber zu sprechen. Dann hätten wir ein Problem gelöst, das vielen Men-

schen Sorgen bereitet, das viele bedrückt und uns alle noch bedrücken wird.

Sie wissen es doch, Herr Bundeskanzler: Die Europäische Union der 25, bald 27 oder 28, ist heute in sich institutionell noch gar nicht gefestigt und von daher noch nicht handlungsfähig. Deshalb ist es wichtig, dass wir nicht einfach – nach der Humboldt-Rede des Bundesaußenministers, in der er fast noch einen Bundesstaat sui generis gefordert hat – Europa in dieser Form erweitern, ohne uns Gedanken zu machen, ob das Integrationswerk von 50 Jahren dabei Schaden nehmen könnte. Auch das ist ein Beitrag der Kopenhagener Kriterien. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als darüber reden. Unsere Option an dieser Stelle ist klar. Ich finde, sie ist vernünftig und bewahrt uns vor einer neuen Lebenslüge, Herr Bundeskanzler.

Angesichts der gesamten Aufgabenpalette – der Herausforderungen im Inneren und Deutschlands Rolle, die, wie ich finde, eine Rolle von Maß und Mitte sein sollte, wie es uns durch unsere kontinentale Lage vorgegeben ist, wobei wir uns im Übrigen nicht immer nur um Spanien, Großbritannien und Frankreich kümmern sollten, sondern auch einmal um die kleineren Mitgliedsländer der Europäischen Union; das ist eine ganz wichtige Sache, die von Helmut Kohl immer beherzigt wurde – könnten wir zu etwas zurückkehren, was Sie im August 2002, zur Zeit der Flut, gesagt haben:

Der Gemeinsinn, der hier deutlich geworden ist, ist ein Schatz, den wir zu hüten und zu mehren haben. Dieser Schatz an Gemeinsinn ist unbezahlbar. Denn er macht das Land gerade in Krisen stark und er macht damit uns und die Menschen im Land fähig,

nicht nur Krisen und Katastrophen zu bewältigen, sondern auch die anderen Probleme zu lösen.

Nun, lieber Herr Bundeskanzler, frage ich Sie: Was wollen Sie hüten, wenn Sie sich mit dem Gedanken tragen, den Tag der Deutschen Einheit abzuschaffen? Herr Bundeskanzler, welchen Schatz wollen Sie mehren, wenn Sie so viel Schulden machen wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland?

Herr Eichel, hören Sie auf zwischen 2,0 und 2,2 Prozent zu unterscheiden. Da lachen doch die Hühner! Damals war es die Zeit kurz nach der deutschen Einheit. Auf diese Weise können Sie doch nicht in die Geschichte eingehen! Ich sage Ihnen: Der Schatz wird versilbert; er wird sozusagen verfressen und verkloppt. Das ist die Wahrheit.

Welchen Gemeinsinn wollen Sie fördern, wenn Sie heute den Arbeitslosen in diesem Land kein einziges neues, konkretes Ange-

bot machen konnten und wenn viele Menschen, die heute Angst und Sorge haben, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht, nicht mehr das Gefühl haben, dass es jeder in diesem Land schaffen kann? Wir wollen, dass sie wieder dieses Gefühl bekommen. Wir wollen keinen beiseite schieben. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir diejenigen, die leistungsstark sind, wieder in Freiheit leistungsstark sein lassen können, wie es der Impetus der sozialen Marktwirtschaft war, damit wir denen, die schwach sind, eine Chance geben und ihnen helfen können. Das ist unser Ziel.

Herr Bundeskanzler, ich sage Ihnen voraus: Dafür werden wir uns die Mehrheiten erarbeiten. Dafür haben wir die Konzepte vorgelegt.

Zwei Jahre weiter sitzen Sie da, wo Sie bei der Westerwelle-Rede gesessen haben, nämlich hinten im Plenum, also genau da, wo diese Bundesregierung hingehört.

Herzlichen Dank.